

**Niederschrift über die
49. Sitzung des Kreisausschusses (10. Wahlzeit) des Landkreises
Trier-Saarburg
am 16.04.2018 im Sitzungssaal der Kreisverwaltung in Trier.**

Beginn: **17:09** Uhr

Ende: **19:39** Uhr

Anwesenheit

Vorsitz

Herr Landrat Günther Schartz

Mitglieder

Herr Bernhard Henter

Herr Michael Hülpes

Herr Dieter Klever

Herr Sascha Kohlmann

Herr Claus Piedmont

Herr Paul Port

Herr Bruno Porten

Frau Kreisbeigeordnete Jutta

Roth-Laudor

Frau Ingeborg Sahler-Fesel

Herr Wolfgang Schäfer

Herr Dr. Karl-Georg Schroll

Frau Simone Thiel

Herr Markus Thul

mit beratender Stimme

Herr Kreisbeigeordneter Helmut Reis

Herr Erster Kreisbeigeordneter Arnold

Schmitt

Verwaltung

Herr Andreas Beiling

Frau Martina Bosch

Herr Joachim Christmann

Herr Norbert Etringer

Herr Christoph Fuchs

Frau Johanna Lellig

Frau Anne Pletsch

Herr Rolf Rauland

Frau Katharina Schmidt

Herr Alois Zehren

Vertretung für Herrn Matthias Daleiden

ab TOP 1 (17:16 Uhr) bis TOP 10
(19:26 Uhr)

Vertretung für Frau Sabina Quijano
Burchardt;
bis TOP 10 (19:30 Uhr)

Vertretung für Frau Kathrin Schlöder
ab TOP 1 (17:23 Uhr)

bis TOP 8 (19:17 Uhr)

bis TOP 10 (19:26 Uhr)

bis TOP 6 (18:26 Uhr)

Leiter der Abteilung 7/Jugendamt

Pressestelle

Leiter des Geschäftsbereichs II

Leiter der Abteilung 5/Schulen und
Bildung

Büroleiter

Kreisinspektorin

Abteilung 3/Gebäudemanagement

Leiter des Geschäftsbereichs I

Abteilung 5/Schulen und Bildung

Leiter der Abteilung 6/Finanzen und
Kommunales

Gäste

Herr Albert Follmann	Trierischer Volksfreund (TOP 1 bis TOP 6)
Herr Arist Hartjes	Geschäftsführer der Kreiskrankenhaus St. Franziskus Saarburg GmbH (zu TOP 7)
Herr Matthias Heinrich	CEB Akademie Trier (zu TOP 1)

nicht anwesend:

Mitglieder

Herr Matthias Daleiden	entschuldigt
Herr Alfons Maximini	entschuldigt
Frau Sabina Quijano Burchardt	entschuldigt
Frau Kathrin Schlöder	entschuldigt

Zur Geschäftsordnung

Landrat **Schartz** eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Er stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Kreisausschusses fest. Vor Eintritt in die Tagesordnung des öffentlichen Teils beantragt er diese um den Tagesordnungspunkt

N 2 "IGS Hermeskeil – Sanierung der Sporthalle – Auftragserweiterung"

zur erweitern.

Der **Kreisausschuss** stimmt dieser Ergänzung der Tagesordnung einstimmig zu. Die Tagesordnung wird daher wie folgt abgewickelt:

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1. Information zum Modellprojekt "Migrantenklasse 18- bis 25-jährige Jugendliche" in Saarburg
Vorlage: 0072/2018**
- 2. Auszahlung der Integrationspauschale;
Außerplanmäßige Ausgabe in 2017
Vorlage: 0112/2018**
- 3. Abschluss einer Zweckvereinbarung zur Einrichtung einer gemeinsamen Adoptionsvermittlungsstelle in der Region Trier
Vorlage: 0119/2018**
- 4. Kreishaushalt 2018;
Anhörung vor der beabsichtigten Anordnung zur Änderung der Haushaltsatzung des Landkreises Trier-Saarburg für das Haushaltsjahr 2018 durch die ADD
Vorlage: 0114/2018**

5. **IGS Hermeskeil - Sanierung der Sporthalle - Auftragserweiterung Sportgeräte**
Vorlage: 0137/2018
6. **Mitteilungen und Verschiedenes**
Vorlage: 0123/2018

Öffentlicher Teil

1. Information zum Modellprojekt "Migrantenklasse 18- bis 25-jährige Jugendliche" in Saarburg Vorlage: 0072/2018

Protokoll:

Landrat **Schartz** verweist auf die Informationsvorlage sowie den Bericht der CEB Akademie. Es sei bedauerlich, dass sich die Kammern aus diesem Projekt zurückgezogen hätten.

Für Kreisausschussmitglied **Port** (Bündnis 90/Die Grünen) stellt sich die Frage, ob die Teilnehmer den ÖPNV eventuell vergünstigt nutzen könnten, da teilweise auch lange Anfahrtswege gegeben seien.

Die Vorlage spreche für sich selbst, so Kreisausschussmitglied **Sahler-Fesel** (SPD). Sie sei positiv überrascht, dass im ersten Kurs verhältnismäßig wenige Teilnehmer diesen abgebrochen hätten. Sorge bereite ihr allerdings, dass im laufenden Kurs die Teilnehmerzahl bereits auf 13 Personen gesunken sei. Sie bittet daher um Auskunft, ob die Durchführung des Kurses auch bei verminderter Teilnehmerzahl gesichert sei.

Kreisausschussmitglied **Thiel** (CDU) bittet um Information, ob es mit den Kammern gar keine Zusammenarbeit mehr gebe, oder ob sich diese lediglich anders gestaltet. Zudem bittet sie um Auskunft über den Asylstatus der Teilnehmer.

Herr **Heinrich** erklärt, dass die Teilnehmer im letzten Jahr den vollen Preis für eine Monatskarte des ÖPNV hätten erstattet bekommen, wenn sie mindestens 70 % anwesend gewesen seien. Aufgrund einer bundeseinheitlichen Neuregelung durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge würden nunmehr für die einfache Strecke vom Unterrichtsort zum Wohnort 0,30 Euro pro Kilometer gezahlt, allerdings nur für Tage der Anwesenheit und für Tage an denen die Teilnehmer begründet entschuldigt seien. Auch die über den Landkreis finanzierten Teilnehmer erhielten eine entsprechende Erstattung. Im aktuellen Kurs hätten zwei Teilnehmer bereits relativ früh abgebrochen, einer davon aus sprachlichen Gründen und ein weiterer dessen Teilnahmeberechtigung von Seiten des Bundesamtes verneint wurde. Bei den übrigen habe eine Kündigung ausgesprochen werden müssen, da sie nicht regelmäßig erschienen seien. Es würden hohe Ansprüche an die Teilnehmenden hinsichtlich ihrer Bemühungen zum Erlernen der deutschen Sprache gestellt. Auch bei geringer Teilnehmerzahl werde der aktuelle Kurs bis zum Ende fortgeführt. Alle Teilnehmenden seien als Asylsuchende anerkannt. Der Betreuungsumfang der Kammern habe auch aufgrund des dortigen Wegfalls einer Stelle nicht mehr fortgeführt werden können. Dennoch bestünden weiterhin enge Kontakte zu diesen.

Kreisausschussmitglied **Henter** (CDU) zeigt sich überrascht, dass sich die ADD aus der Metakoordination zurückgezogen habe. Bezüglich der geringen Teilnehmerquote gegen Ende des letzten Kurses bittet er um nähere Erläuterung.

Der Kurs habe 1000 Unterrichtseinheiten umfasst und nur sehr wenige Ferien und Freizeiten beinhaltet, so Herr **Heinrich**. Normalerweise würden die Schulferien eingehalten, dies sei jedoch aus zeitlichen Gründen beim letzten Kurs nicht möglich gewesen. Gerade im letzten Teil (Politik) zeige sich auch bei anderen Kursen eine geringere Teilnahmequote. Allerdings hätten alle Teilnehmer das Ziel erreicht.

Landrat **Schartz** teilt mit, dass es für das Ausscheiden der ADD keine Begründung gegeben habe. Eine weitere Beteiligung dieser hätte er ausdrücklich begrüßt.

2. **Auszahlung der Integrationspauschale;
Außerplanmäßige Ausgabe in 2017
Vorlage: 0112/2018**

Protokoll:

Landrat **Schartz** verweist auf die Vorlage sowie den Beschlussvorschlag.

Der **Kreisausschuss** fasst ohne Aussprache den folgenden Beschluss.

Beschluss:

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, die Weiterleitung der sogenannten Integrationspauschale an die Verbandsgemeinden in Höhe von insgesamt 1.491.600 € zu beschließen und die Mittel noch aus dem **Haushaltsjahr 2017** zur Verfügung zu stellen.

Die Aufteilung auf die jeweiligen Verbandsgemeinden erfolgt entsprechend dem Beschluss des Kreisausschusses vom 06.11.2017 und der Haushaltsberatung des Kreistages vom 11.12.2017.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

3. **Abschluss einer Zweckvereinbarung zur Einrichtung einer gemeinsamen Adoptionsvermittlungsstelle in der Region Trier**
Vorlage: 0119/2018

Protokoll:

Der **Landrat** verweist auf die Vorlage der Verwaltung sowie den Beschlussvorschlag.

Auf Frage des Kreisausschussmitglieds **Hülpes** (CDU) antwortet Abteilungsleiter **Beiling**, dass die gemeinsame Adoptionsvermittlungsstelle mit 2,5 Fachkräften aus dem Bereich soziale Arbeit besetzt werden soll.

Die personelle Ausstattung in diesem Bereich bei der Stadt Trier sei derzeit sicherlich geringer.

Die gemeinsame Aufgabenwahrnehmung bei der Adoptionsvermittlung halte sie für sinnvoll, so Kreisausschussmitglied **Sahler-Fesel** (SPD). Dadurch würden beim Kreis jedoch nicht die in der Vorlage genannten 1,1 Stellen wegfallen, da diese, so die Vorlage, für eine Kompensation von Aufgabenzuwächsen in den Bereichen Amtsvormundschaften und Pflegekinderdienst benötigt würden.

Diesbezüglich stellt Abteilungsleiter **Beiling** kurz den Personalmehrbedarf in den beiden zuvor genannten Aufgabengebieten kurz dar. Aktuell habe der Kreis in rund 80 Fällen die Amtsvormundschaft für unbegleitete minderjährige Ausländer zu führen. Pro Fachkraft sehe der Gesetzgeber eine Personalobergrenze von 50 Personen vor. Die Entwicklung im Pflegekinderdienst gestalte sich positiv, da mehr Pflegekinderdienstverhältnisse hätten vermittelt werden können, wodurch je nach Fallentwicklung auf die teurere Vollstationäre Unterbringung in Einrichtungen habe verzichtet werden können.

Beschluss:

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag die Zustimmung zum Abschluss der in der Anlage der Vorlage beigefügten Zweckvereinbarung zur Einrichtung einer gemeinsamen Adoptionsvermittlungsstelle mit den Landkreisen Bitburg-Prüm, Bernkastel-Wittlich, Cochem-Zell, Vulkaneifelkreis und der Stadt Trier, wie in der Vorlage dargestellt und vorbehaltlich der Genehmigung der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig.

4. Kreishaushalt 2018: Anhörung vor der beabsichtigten Anordnung zur Änderung der Haushaltssatzung des Landkreises Trier-Saarburg für das Haushalts- jahr 2018 durch die ADD Vorlage: 0114/2018

Protokoll:

Landrat **Schartz** verweist auf die Vorlage der Verwaltung sowie den Beschlussvorschlag. Aufgrund der im letzten Jahr deutlich verbesserten Einnahmesituation werde vorgeschlagen, den Haushaltsplan 2018, wie in der Vorlage dargestellt, zu ändern und der ADD zur Genehmigung vorzulegen.

Er, so Kreisausschussmitglied **Henter** (CDU), werde dem Beschlussvorschlag heute nicht zustimmen. Zwar könnte dem Absatz 1 des Vorschlags zugestimmt werden, allerdings könne nicht bereits heute die im Absatz 2 vorgesehene Festlegung bezüglich einer Erhöhung der Kreisumlage für 2019 erfolgen.

Er regt an, dass zunächst der Ältestenrat mit den zuständigen Vertretern der ADD ein Gespräch führen solle, um die Gesamtproblematik zu besprechen. Durch die beabsichtigten Änderungen könne für 2018 ein Haushaltsausgleich erreicht werden. Eine Forderung jetzt bereits eine Erhöhung der Umlage für das Jahr 2019 zu beschließen sei daher nicht haltbar.

Kreisausschussmitglied **Sahler-Fesel** (SPD) hält die beschlossene Umlagenenkung nach wie vor für richtig, da damit die finanzielle Belastung der Gemeinden des Kreises reduziert worden sei. Eine Erhöhung der Kreisumlage sei nach wie vor nicht gewollt. Die Gemeinden müssten sich auch auf den im Kreistag diesbezüglich gefassten Beschluss verlassen können. Jedoch würden auch die beabsichtigten Änderungen des Haushaltsplanes nichts daran ändern, dass das Eigenkapital des Landkreises weiter abschmelze. Im Beschlussvorschlag sollte ergänzt werden, dass eine finanzielle Mindestausstattung der Gemeinden gewährleistet sein müsse. Entsprechende Berechnungen könnte die Verwaltung nach Anhörung der Gemeinden durchführen. Wenn im Dezember ein ausgeglichener Haushalt für 2019 bei einer Kreisumlage von 42,5 % verabschiedet werden könne, wäre eine nicht erfolgte Umlageerhöhung für die Aufsichtsbehörde sicherlich kein Problem.

Kreisausschussmitglied **Port** (Bündnis 90/Die Grünen) hält eine pragmatische Lösung für erforderlich. Bei Beratung des Haushaltes 2019 müsste ohnehin vor dem Hintergrund der dann vorliegenden Zahlen über die Kreisumlage gesprochen werden. Durch die im Beschlussvorschlag diesbezüglich gewählte Formulierung lege der Kreis sich nicht bereits jetzt endgültig fest. Daher könne diese zugestimmt werden.

Der **Landrat** gibt zu Bedenken, dass die Thematik bereits in der Kreistagssitzung am 23. April 2018 behandelt werden solle. Es sei sehr fraglich, ob bis dahin das geforderte Gespräch mit der ADD stattfinden könne.

Auch die FWG, so Kreisausschussmitglied **Klever** (FWG), könne sich nicht mit dem zweiten Absatz des Beschlussvorschlages anfreunden. Da die Zahlen für 2019 noch nicht bekannt seien, könne heute noch keine Festlegung auf eine Umlageerhöhung erfolgen. Er plädiere daher ebenfalls für das geforderte Gespräch mit der ADD.

Kreisausschussmitglied **Schäfer** (SPD) äußert seine Verwunderung über die Forderung, bereits jetzt über eine Anhebung der Kreisumlage 2019 beschließen zu sollen. Die finanzielle Entwicklung in den nächsten Monaten könne noch gar nicht erahnt werden. Allerdings sollte bereits über den ersten Absatz abgestimmt werden. Es bleibe dann abzuwarten, mit welcher Begründung die ADD einen ausgeglichenen Haushalt nicht genehmigen sollte.

Kreisausschussmitglied **Henter** (CDU) beantragt, die Thematik auf die nächste Sitzung des Kreisausschusses am 14. Mai 2018 zu vertagen. Bis dahin solle die Verwaltung einen Termin für ein Gespräch zwischen dem Ältestenrat und den Vertretern der ADD abstimmen.

Auch Kreisausschussmitglied **Sahler-Fesel** (SPD) spricht sich für eine Vertagung aus. Wichtig sei eine gemeinsame Lösung in Abstimmung mit der ADD zu finden.

Abteilungsleiter **Zehren** gibt zu Bedenken, dass der Kreis in größerem Umfange Liquiditätskredite aufgenommen habe, die auch abgebaut werden müssen. Die im Absatz zwei des Beschlussvorschlags gewählte Formulierung mildere die absolute Forderung der ADD bezüglich einer Erhöhung der Kreisumlage ab, da eine Erhöhung nur dann erfolgen solle, wenn dadurch der Haushaltsausgleich 2019 erreicht werden könne. Außerdem weist er darauf hin, dass der Kreis die Verlustübernahme aus der Auflösung des Zweckverbandes Wirtschaftsförderung Trierer-Tal als Investitionskredite geplant habe, was die ADD anders sehe. Auch diesbezüglich könnte es noch zu Problemen kommen.

Dennoch, so Kreisausschussmitglied **Henter** (CDU), solle die Angelegenheit vertagt werden. Ein Gespräch vor einer Beschlussfassung sei erforderlich, da auch kein Konflikt mit der ADD gesucht werde. Vielmehr müssten Argumente ausgetauscht und eine einvernehmliche Lösung gefunden werden. Sei dies nicht möglich, scheue er auch keinen Konflikt. Im Falle aufsichtsbehördlicher Anordnungen stehe dem Kreis auch ein Klagerecht zu.

Kreisausschussmitglied **Dr. Schroll** (Piraten) plädiert dafür, dem Beschlussvorschlag zuzustimmen. Ein gefordertes Grundsatzgespräch mit der ADD müsse nicht bereits jetzt geführt werden. Dies könne auch erst nach dem Kreistag stattfinden.

Landrat **Schartz** stellt den Antrag auf Vertagung zur Abstimmung. Er weist zuvor jedoch darauf hin, dass die Angelegenheit dann auch nicht in der Kreistagssitzung am 23. April 2018 behandelt werden könne, sondern erst am 4. Juni 2018. Dadurch würde die Verwaltung wieder wertvolle Zeit verlieren, da in dieser Zeit nur die verpflichtenden Ausgaben geleistet werden dürfen.

Der **Kreisausschuss** stimmt der Vertagung des Tagesordnungspunktes auf die Sitzung des Kreisausschusses am 14. Mai 2018 mehrheitlich bei 11 Ja-Stimmen und 3 Gegenstimmen zu. Die Verwaltung wird zudem beauftragt, einen Gesprächstermin zwischen dem Ältestenrat und der ADD abzustimmen.

5. **IGS Hermeskeil - Sanierung der Sporthalle - Auftragserweiterung Sportgeräte**
Vorlage: 0137/2018

Protokoll:

Der **Vorsitzende** verweist auf die zu Beginn der Sitzung verteilte Beschlussvorlage.

Frau **Pletsch** fügt ergänzend hinzu, dass die Firma Connect Way bereits mit den Sportgeräten beauftragt worden sei. Diesbezüglich habe der Kreisausschuss im Januar auch bereits einen ersten Nachtrag beschlossen. Da für die Sporthalle der IGS keine statischen Bestandsunterlagen vorlagen, die als Grundlage für die Befestigung der Sportgeräte dienen könnten, sei nun festgestellt worden, dass der Einbau von Traversen erforderlich sei. Die statischen Berechnungen seien durch das Büro Sängler & Gorges im März durchgeführt worden und auch von einem Prüfstatiker genehmigt worden. Das vorliegende Angebot sei angemessen und üblich.

Nach Auffassung des Kreisausschussmitglieds **Schäfer** (SPD) hätten die statischen Daten bereits Teil der Hauptausschreibung sein müssen. Hier sehe er eindeutig ein Versäumnis des beauftragten Architekten gegeben. Hier sein ein eventueller Regressanspruch der Verwaltung gegenüber dem Architekten zu prüfen. Außerdem bestehe umfangreicher Klärungsbedarf, da das ursprüngliche Auftragsvolumen von rund 35.000 Euro nun auf über 80.000 Euro steigen solle.

Auf Frage des Kreisausschussmitglieds **Henter** (CDU), teilt Frau **Pletsch** mit, dass die Neupositionierung der Sportgeräte auf Wunsch der Schule erfolge, da die Sporthalle anders genutzt werden solle. Zudem spricht sich Kreisausschussmitglieder **Henter** (CDU) ebenfalls dafür aus, dass die Verwaltung einen möglichen Regressanspruch gegenüber dem beauftragten Architekten prüfen solle.

Landrat **Schartz** schlägt vor, den Beschlussvorschlag dahingehend zu ergänzen, dass die Verwaltung beauftragt werde, einen eventuell bestehenden Regress gegen das beauftragte Architekturbüro zu prüfen. Zudem solle die Thematik in der nächsten Sitzung des Bauausschusses am 27. April 2018 erörtert werden.

Auf Einwand des Kreisausschussmitglieds **Schäfer** (SPD), führt Frau **Pletsch** aus, dass bezüglich der erforderlichen Arbeiten auch ein Vergleichsangebot eingeholt worden sei. Das Angebot der Firma Connect Way sei jedoch günstiger, sodass die Auftragserweiterung vorgesehen sei.

Beschluss:

Der Kreisausschuss beschließt die in der Sachdarstellung der Vorlage erläuterte Auftragsweiterung:

Sportgeräte Fa. Connect Way, Chemnitz **19.294,47 €**

Die erforderlichen Haushaltsmittel stehen im Teilhaushalt 3 (Maßnahme-Nr. 541 408) bereit.

Der Kreisausschuss beauftragt die Verwaltung, einen eventuell bestehenden Regress gegen das für die Sanierung der Sporthalle beauftragte Architekturbüro zu prüfen.

Die Thematik soll zudem in der Sitzung des Bauausschusses am 27. April 2018 behandelt werden.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich beschlossen, bei 1 Gegenstimme und 1 Enthaltung.

6. Mitteilungen und Verschiedenes
Vorlage: 0123/2018

Protokoll:

Es liegen keine Mitteilungen vor.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt der Vorsitzende die Sitzung mit einem Dank an die Teilnehmer.

Der Vorsitzende:

gez.
(Günther Schartz)
Landrat

Der Protokollführer:

(Stefan Baldy)
Verwaltungs-Betriebswirt (VWA)